

Das GRÜNE in der Bürgerschaft

Aus dem Landtag vom 23. September 2015

Zur Übersicht und zu den Dokumenten: <http://gruenlink.de/10jl>

Unabhängige Patientenberatung muss unabhängig bleiben

Die unabhängigen Patientenberatungsstellen beraten PatientInnen unabhängig, vertraulich und kostenlos bei Fragen und Problemen mit ÄrztInnen, Krankenhäusern und Krankenkassen – so auch in Bremen und Bremerhaven. Diese für die Selbstbestimmung der PatientInnen wichtige Beratung ist gesetzlich geregelt und wird im Wesentlichen vom Spitzenverband Bund der Krankenkassen finanziert. Die jeweils fünfjährige Förderung läuft Ende 2015 aus. Die folgende Förderperiode soll auf sieben Jahre verlängert, die Fördersumme um fast vier Millionen Euro aufgestockt werden. Gegenwärtig wird die unabhängige Patientenberatung von Verbraucherzentrale Bundesverband, dem Sozialverband VdK Deutschland und dem Verbund unabhängige Patientenberatung getragen. Der GKV-Spitzenverband hat die Fortführung der Patientenberatung ab dem Jahr 2016 an das Unternehmen Sanvartis GmbH vergeben, das vor allem Callcenter betreibt. Diese Firma war lange Dienstleister verschiedener Krankenkassen und Pharmaunternehmen.



Die Gesundheitspolitikerin Kirsten Kappert-Gonther sieht darin die gebotene Unabhängigkeit und Neutralität gefährdet und hält es für eine Fehlentscheidung. Sie hat deshalb einen heute beschlossenen Koalitionsantrag formuliert, in dem der Senat unter anderem aufgefordert wird sich dafür einzusetzen, das

niedrigschwellige Angebot der unabhängigen Patientenberatung zu erhalten und die Beratung durch Callcenter abzulehnen. Die Abgeordnete bedankte sich bei den Mitarbeiterinnen der Bremer Patientenberatung für ihre hervorragende Arbeit, die nun eingestellt wird. Kappert-Gonther sieht nach der Entscheidung für Sanvartis weiterhin große Zweifel, ob die Unabhängigkeit noch erhalten bleiben wird, und zitiert eine gemeinsame Stellungnahme der Bundesärztekammer mit der Bundeszahnärztekammer, der Kassenärztlichen und Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung, dass „hier eine etablierte, anerkannte und mitunter den Krankenkassen unbequeme Patientenberatung zu einem willfährigen Dienstleister auf der Lohnliste der Krankenkassen umfunktioniert werde.“

Die Gesundheitspolitikerin betonte noch einmal den letzten Beschlusspunkt des Antrags, nach dem der Senat sich dafür einsetzen soll, das Sozialgesetzbuch dahingehend zu ändern, dass künftig die Entscheidung über die Vergabe der Patientenberatung unabhängig von den Krankenkassen erfolgt.



Fraktion
Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der
Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20 • 28195 Bremen

Tel.: 0421/3011-0
Fax: 3011-250

fraktion@gruene-bremen.de
www.gruene-fraktion-bremen.de